

PRESSEMITTEILUNG

Städte und Gemeinden unterstützen die Forderung nach Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die kommunale Energieversorgung

Der Saarländische Städte- und Gemeindetag hat die Kritik des VKU-Landesvorsitzenden Levacher an den restriktiven gesetzlichen Bestimmungen zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen im Saarland (siehe Bericht der Saarbrücker Zeitung vom 19.07.2018) unterstrichen.

Wie der Präsident des Verbandes, Oberbürgermeister Jürgen Fried, Neunkirchen, erläutert, werden die Stadt- und Gemeindewerke durch die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen daran gehindert, auf die durch Liberalisierung, Digitalisierung und Energiewende verursachten drastischen Veränderungen des Energiemarktes und seine neuen Anforderungen zu reagieren. „Die Möglichkeit zur Teilhabe an den neuen Marktfeldern ist eine wesentliche Voraussetzung für die Weiterentwicklung und die Sicherung der Existenz unserer kommunalen Unternehmen.“

Warum es im Saarland nicht wie in den anderen Bundesländern möglich sein sollte, den Kommunen und ihren Unternehmen mehr Freiräume einzuräumen, ist auch für die Geschäftsführerin des Städte- und Gemeindetages, Barbara Beckmann-Roh, nicht nachvollziehbar. Die Entwicklung in diesen Ländern zeige doch, dass eine Marktöffnung für die kommunalen Unternehmen positive Effekte für die jeweilige Region und ihre Wirtschaft hervorbringe.

„Es ist Zeit, dass die Regierungsfractionen ihre Ankündigung im Koalitionsvertrag umsetzen und für eine rechtliche Erleichterung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen und insbesondere ihrer Unternehmen sorgen“, fordern Fried und Beckmann-Roh die Landespolitik zum Handeln auf.

Saarbrücken, den 19. Juli 2018